

Kein Respekt vor Bürgern

Leserbrief zum Artikel „Alles steht wieder auf Anfang“ im Fränkischen Tag vom 31. Januar 2012:

Es liegt mir fern, den Bürgerentscheid in Ebermannstadt „nachzukarten“, vielmehr hoffe ich, dass sich in EBS die Wogen bald wieder glätten und vielleicht Befürworter und Gegner des geplanten Edeka-Marktes gemeinsam über ein Einzelhandelskonzept beraten.

Die Äußerungen des Herrn Zipfel von der Planungsgesellschaft für den neuen Edeka-Markt verdienen aber doch noch eine Entgegnung. Dass Herr Zipfel „erschüttert und enttäuscht“ über den Ausgang des Bürgerbegehrens war und „nie und nimmer gedacht hätte, dass sich die Ebermannstädter gegen unsere Pläne entscheiden würden“ mag daran liegen, dass er sich entweder aus falschen Quellen über die Stimmung in Ebermannstadt informiert hat oder dass ihm die Fantasie fehlt, sich vorzustellen, dass die Bürger zu ihrem Lebensglück nicht unbedingt einen vierten Markt am Stadtrand brauchen.

Demokratie funktioniert heutzutage nicht mehr auf die Art und Weise, dass der Wähler alle paar Jahre ein Kreuzchen macht, damit die Gewählten dann vier oder sechs Jahre tun können, was sie selbst oder die Wirtschaft wollen. Dies zeigt sich Gott sei Dank in zunehmendem Maße. Es gibt sicher komplexe Themen, bei denen die Bürger überfordert sind, mit dem Bau eines Supermarktes in

einem Landschaftsschutzgebiet auf der grünen Wiese am Stadtrand einer Kleinstadt gewiss nicht.

Der Bau eines weiteren Lebensmittelmarktes stellt ja keineswegs eine für die Allgemeinheit wichtige Infrastrukturmaßnahme dar, sondern entspringt der Absicht der Firma Edeka an einem für sie günstigen Standort einen neuen Markt zu errichten, um dort Gewinn zu machen. Das ist grundsätzlich ein legitimes Anliegen.

Dass unternehmerischen Wünschen Interessen der Allgemeinheit entgegen stehen können, spielt heutzutage eine immer geringere Rolle. Finden sich in den letzten 20 Jahren doch immer weniger Unternehmen, für die neben Gewinninteressen noch Begriffe wie soziale Verantwortung eine Bedeutung haben. Da die Politik in Bund und Ländern diese Entwicklung durch eine entsprechende Gesetzgebung gefördert hat, wundert es wenig, dass Unternehmen jegliche Einmischung in ihre Geschäftsabsichten als lästig ablehnen. Die Äußerungen von Herrn Zipfel heißen im Klartext: der Bürger interessiert nur als Konsument, er soll einkaufen und ansonsten beim Geschäftemachen nicht stören.

Solche Ansichten nach einen Bürgerentscheid werfen die Frage auf, ob die Stadt mit einem Partner wie Herrn Zipfel gut beraten ist.

Dr. Peter Morys
Ebermannstadt